



INNOVATIVE TECHNOLOGIEN NUTZEN

Unsere Informationskampagne
zur Kernenergie S.5



INSTRUMENT LERNEN

Das gehört in jede Grundschule S. 2



DOPPELHAUSHALT

Einsparungen und Chancen. S. 6



KRANKENHÄUSER

CDU findet Schließung „Ok“ S. 8



UNSERE STEUERGELDER

versickern in Marokko S. 9



KADAVERGEHORSAM

AfD will unabhängige Justiz S. 11



KRIMINALSTATISTIK

Drogen, Sexualdelikte, Terror S. 12

DAS GEHÖRT IN JEDE GRUNDSCHULE!



Eine AfD-Anfrage von MdL Jörg Kühne (7/5901) ergab, dass nur rund 2.531 von 143.829 sächsischen Grundschulern am Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) in diesem Jahr teilnehmen konnten.

Aus Sicht der AfD-Fraktion sollten viel mehr Kinder die Chance erhalten, kostengünstig oder sogar kostenlos ein Instrument, z.B. Geige oder Gitarre, zu erlernen. „Die musische Förderung unserer Kinder muss von der Regierung deutlich stärker unterstützt werden“, betont Kühne dazu. „Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau dieses kulturellen Angebots.“ Zudem müssen die Elternbeiträge sinken. Ab dem zweiten

Jahr steigen die Beiträge so stark, dass sich das Erlernen eines Musikinstruments nur noch besserverdienende Familien leisten können.

Die Staatsregierung lehnte unseren Antrag für dieses Anliegen im Wissenschaftsausschuss allerdings ab. „JeKi“ ist in Sachsen an einigen Grundschulen integraler Bestandteil des regulären Unterrichts.

Das heißt: Die Musikschullehrer kommen in die Grundschulen, um Geigen- oder Gitarrenunterricht anzubieten. An sich eine prima Sache! Sie müsste nur konsequenter umgesetzt werden!

Gewalt gegen Rettungskräfte gestiegen!



Übergriffe auf Mitarbeiter der Rettungsdienste sind im letzten Jahr in Sachsen von 82 auf 105 deutlich gestiegen. Rettungsassistenten und Feuerwehrleute hatten besonders unter tätlichen Angriffen und Körperverletzungen zu leiden. Insgesamt waren drei Schwerverletzte und 50 leichte-

re Verletzungen zu beklagen. In Leipzig war die Gefahr für Rettungskräfte erneut am größten, ergab eine AfD-Anfrage (7/5448).

Carsten Hütter, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu: „Die zunehmende Gewalt gegen unsere Rettungskräfte macht mich fassungslos. Ich erwarte von der CDU-Landesregierung, diese hinterhältigen Straftaten endlich effektiv zu bekämpfen. Hier muss das Strafmaß deutlich angehoben und mit einer Null-Toleranz-Strategie auch umgesetzt werden.“ Letztes Jahr musste nur ein Gewalttäter ins Gefängnis. Die Mehrheit kam mit Geldstrafen davon.

Staatliche Hoheit über die Kinderbetten

Kinderrechte ins Grundgesetz? Klingt verführerisch, ist aber eine gefährliche Idee. Deshalb hat die AfD-Fraktion die Staatsregierung per Antrag (Drs. 7/5785) dazu aufgefordert, vornehmlich im Bundesrat dagegen zu stimmen.

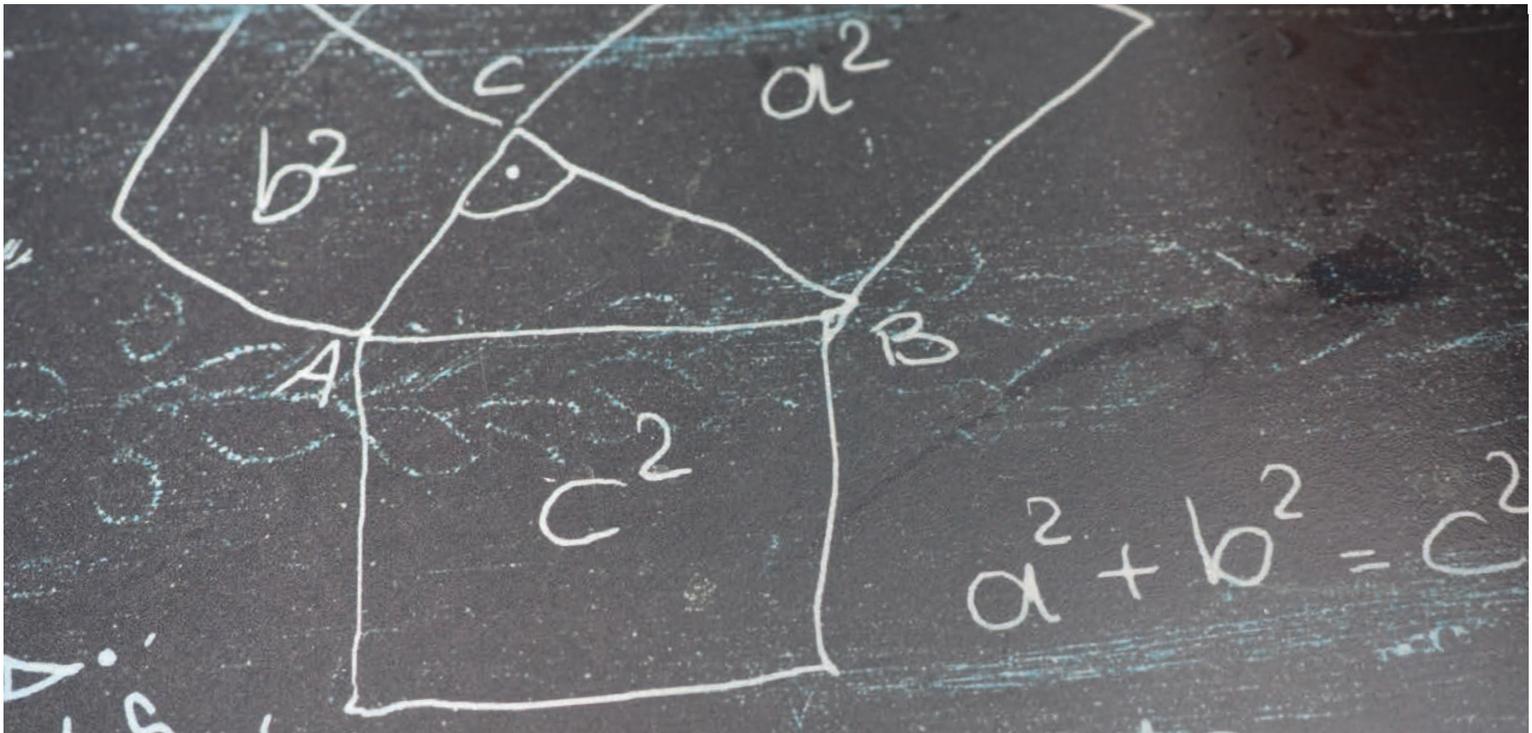
„Bei der Diskussion um die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz geht es in Wahrheit um die Beschneidung von Elternrechten und die Absicht, die staatliche ‚Hoheit über die Kinderbetten‘ (Olaf Scholz, SPD) zu erlangen. Dahinter wiederum steckt die sozialistische Utopie einer kollektiven Erziehung, die wir vehement ablehnen“, erklärt MdL Martina Jost den Hintergrund des Antrags.

In Artikel 6 des Grundgesetzes ist der „besondere Schutz“ der Familie geregelt. Kinder sind an dieser Stelle selbstverständlich mitgemeint. Sie sind bereits heute grundrechtsfähig. Würden nun aber spezielle Kinderrechte ergänzt, hätten wir eine Sonderbehandlung, die sich mit dem Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3 beißt.

Zudem würde das gut austarierte Dreiecksverhältnis zwischen bereits heute bestehenden Kinderrechten, Elternrechten und staatlichen Befugnissen empfindlich gestört. Insbesondere bestünde die Gefahr einer übermäßigen Einmischung des Staates in innerfamiliäre Angelegenheiten. Kinder zu schützen, ist für uns als Familienpartei eine Selbstverständlichkeit. Aber das gelingt nicht, indem wir sie zum Spielball ideologischer Akteure machen.



Martina Jost



MATHE STATT GEMEINSCHAFTSKUNDE!

Ende März forderte die AfD-Fraktion Kultusminister Christian Piwarz (CDU) mit einem Antrag (Drs. 7/5740) dazu auf, die Lehrpläne für das kommende Schuljahr zu überarbeiten. „Das unkoordinierte Hin und Her bei der Öffnung bzw. Schließung von Schulen hat viele Lehrer, Eltern, Kinder und Jugendliche frustriert zurückgelassen“, betont dazu der bildungspolitische Sprecher, Dr. Rolf Weigand. „Es ist deshalb jetzt die Aufgabe des Kultusministers, einen in

sich schlüssigen Fahrplan für die Zukunft vorzulegen. Da ihm das bisher nicht gelungen ist, möchten wir ihm mit unserem Antrag eine Orientierung geben.“

Es ist unbedingt erforderlich, mit Vergleichsarbeiten das aktuelle Bildungsniveau in allen Fächern zu ermitteln. Darauf aufbauend müsse eine Konzentration auf die Kerninhalte erfolgen. Für das nächste Schuljahr schlagen wir schließlich vor, bei

den Fächern Gemeinschaftskunde, Ethik und Religion Kürzungen vorzunehmen, um mehr Zeit für Mathematik, Biologie und Sport zu haben.

In den naturwissenschaftlichen Fächern ist vielfach kein selbständiges Erarbeiten möglich. Daher sind hier die Auswirkungen der Schulschließungen besonders dramatisch und ein entschlossenes Gegensteuern geboten.



Asylbewerber fahren Taxi für 155.034,17 €

Kurios: Um Asylbewerber durch die Gegend zu kutschieren, gab der Freistaat Sachsen im Jahr 2020 insgesamt 155.034,17 Euro aus. Währenddessen kosteten Flüge nur 110.167,82 Euro, weil die meisten Abschiebungen scheiterten. Das ergab eine Kleine Anfrage (Drs. 7/5653) von André Barth.

Er fragt die Beförderungskosten für Asylbewerber regelmäßig für unsere Fraktion ab.

Und siehe da! Im Vergleich zu 2019 sind die Taxikosten um über 60.000 Euro gestiegen. Wir fragen uns, warum das notwendig sein soll. Warum werden hauptsächlich junge Männer aus dem Ausland mit dem Taxi chauffiert, während die AfD-Forderung, Senioren in der Corona-Krise zu Arztterminen zu fahren, lange von der Regierung ignoriert wurde?



Jörg Urban ist Fraktionsvorsitzender der AfD im Sächsischen Landtag

MEHR NORMALITÄT WAGEN!

Uns und einigen anderen wird aktuell vorgeworfen, die „Verschwörungstheorie vom Great Reset“ (großer Neustart) in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Ausgedacht hat sich hier jedoch niemand etwas. Vielmehr legte vor einiger Zeit Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum detailliert in Buchform dar, was sich im Zuge von Corona alles ändern sollte.

Er prognostizierte, es werde keine Rückkehr zur Normalität geben, und schlug vor, die gegenwärtige Krise für massive Investitionen in die Digitalisierung, den Klimaschutz und medizinischen Bereich zu nutzen.

Letztendlich ist das kein geheimer Plan, sondern für jeden wachen Bürger nur allzu offensichtlich. Durch Corona werden – zunächst ganz wertfrei betrachtet – weltweit die digitalen Überwachungstechniken ausgebaut. Durch Corona profitieren, wie jeder an den Aktienkursen sehen kann,

die global agierenden Digitalkonzerne. Amazon, Netflix und Co. verzeichnen riesige Umsatzzuwächse, während kleine und mittlere Unternehmen aus unserer Heimat von Berufsverboten betroffen sind.

Ebenso ist durch etliche Äußerungen ranghoher Politiker die Verquickung von Corona- und Klimapolitik belegt. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sagte bereits kurz nach Ausbruch der Corona-Krise, zwar gebe es „keinen Impfstoff“ gegen den Klimawandel. Dennoch müssten die jetzt bewilligten Billionen in den ökosozialistischen Umbau der (Energie-)Wirtschaft gesteckt werden.

Das ist eine seltsame, ideologisch gefärbte und weltfremde Logik. Von der Leyen bekam dafür trotzdem Applaus von höchster Stelle. Denn einige Monate später bezeichnete UN-Generalsekretär Antonio Guterres die Corona- und Klimapolitik als „zwei Sei-

ten derselben Medaille“. Ebenso lassen sich alle anstehenden und bereits getroffenen Weichenstellungen in der Gesundheitspolitik einwandfrei nachverfolgen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer behauptete am 5. Mai 2020 auf Twitter: „Niemand wird in Deutschland gegen seinen Willen geimpft.“

Das seien böartige „Falschnachrichten und Verschwörungstheorien“, die unter anderem von der AfD gestreut würden, müssten wir uns anhören. Inzwischen hat Herr Kretschmer jedoch eine 180-Grad-Wende hingelegt. Zitat von Ende Februar: „Wenn 60, 70 Prozent geimpft sind, dann kann man noch mal über die Impfpflicht reden.“ Dass dieser drohende Impfwang den finanziellen Interessen der Pharmakonzerne entgegenkommt, dürfte einleuchtend sein. Insofern fußen die Befürchtungen derjenigen, die den „Great Reset“ kritisieren, zweifelsohne auf einem wahren Fundament.

Die entscheidende Frage ist nur, wie man sich dazu verhält. Die Altparteien treiben den geplanten Umbruch im Zusammenspiel mit der Europäischen Union, Großunternehmen und supranationalen Organisationen aus tiefster ideologischer Überzeugung voran. Die AfD-Fraktion indes ist die einzige Oppositionskraft, die prinzipiell andere Ziele und Visionen anstrebt. Wir wollen keine vereinzelt, bindungslosen Individuen.

Wir wollen mündige, selbstbewusste Bürger in intakten Gemeinschaften. Wir wollen auch keine monopolähnliche Dominanz einiger weniger internationaler Digitalkonzerne. Viel lieber ist uns die Vielfalt und Lebendigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, die man in der Innenstadt besuchen kann.

Darüber hinaus schließen wir uns auch nicht dem naiven Irrglauben an, allein mit Wind und Sonne ließen sich moderne Industriestaaten am Laufen halten. Wir setzen stattdessen zur Behebung ökologischer Probleme auf den technischen Fortschritt, auf Technologien wie Kernkraft, die immer sauberer werden. Zugleich lehnen wir Utopien wie jene von einer Welt ohne Krankheiten, einer Welt ohne Nationen und einer Welt ohne Geschlechterunterschiede als realitätsfern ab.

Wir stehen auf der Seite des „normalen“ Lebens und konzentrieren uns darauf, den Menschen bei alltäglichen Herausforderungen behilflich zu sein und ihnen gute Rahmenbedingungen zu schaffen, statt weiter mit Bevormundungen und Verboten zu arbeiten.

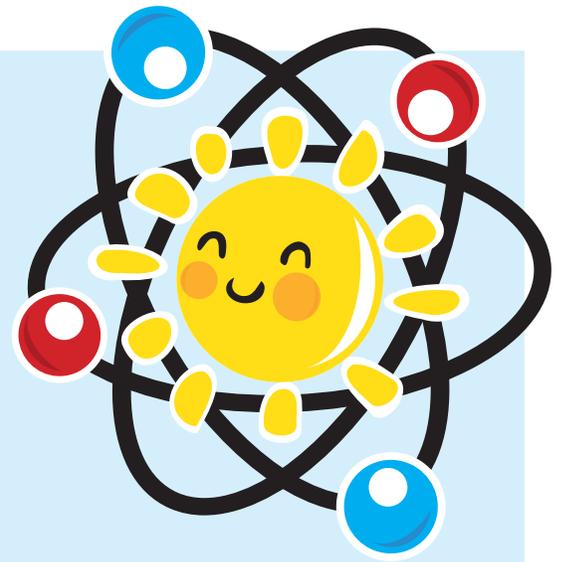
Neues Bürokratiemonster

Für die Umsetzung der sächsischen Grundsteuerreform sind zusätzliche 351 Personalstellen nötig, ergab eine Anfrage der AfD-Fraktion von MdL André Barth (7/5677). Zudem werden 4,4 Millionen Euro für Bodenschätzer, Brief- und Paketgebühren und Ausstattung benötigt.

„Mit der Reform schafft die Staatsregierung ein neues Bürokratiemonster“, erklärt Barth dazu. Trotzdem müssen einige Bürger in Zukunft sogar noch mehr Grundsteuer zahlen.“ Die AfD-Fraktion will die Grundsteuer komplett abschaffen. Sie ist eine unangemessene Doppelbesteuerung, da alle Grundstückseigentümer bereits durch Einkommens- und Körperschaftssteuer zur Kasse gebeten wurden.

KERNENERGIE? NA KLAR!

www.afd-fraktion-sachsen.de/eegegenschlag



Mit einer frischen Kampagne und dem Antrag „Kernenergie – na klar!“ (Drs. 7/5414) setzt sich die sächsische AfD-Fraktion für die Nutzung innovativer Technologien in der Energiepolitik ein.

Vor allem in der Kernkraftforschung gibt es derzeit riesige Fortschritte. „Recycling statt Endlagerung“, laute die Zukunft. „Mittlerweile gibt es mehrere Möglichkeiten radioaktive Rückstände unschädlich zu machen oder sogar zu recyceln“, betont dazu Jan Zwerg, Energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Sachsen.

Frankreich erzeugt mittlerweile zehn Prozent seines Stromes aus recycelten Reststoffen. Auch die sichere Lagerung von nuklearen Reststoffen ist heute weniger eine technische als eine politische Frage. In vielen anderen europäischen Ländern treibt man diese Forschung voran.

Zudem werden gerade überall auf der Welt Mini-Kernkraftwerke entwickelt sowie Kraftwerke mit einer CO₂-Entnahmeanlage. Was sich davon durchsetzt, wird sich zeigen. Wichtig wäre aber zunächst einmal, diese Anstrengungen zu unterstützen.

Mit dem ehemaligen Zentralinstitut für Kernforschung in Dresden-Rossendorf, der TU Dresden und der Hochschule Zittau/Görlitz haben wir dafür beste Voraussetzungen.

Die CDU müsste nur unseren Anträgen zustimmen, endlich massiv in die Kernkraft zu investieren und die Laufzeiten noch bestehender Kraftwerke zu verlängern.



Jan Zwerg

EINSPARPOTENTIAL IM DOPPELHAUSHALT



1

Minderung Personal in Ministerien und Verringerung der Personalausgaben insgesamt: ca. 250 Millionen Euro (Minimum; vgl. Drs. 7/6199)

2

Deutliche Senkung der Kosten für Asyl- und Migrationspolitik (Kosten für unbegleitete, minderjährige Ausländer, Integrationsleistungen und soziale Betreuung, Erstaufnahme ...): von insgesamt 800 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro

Mit diesem Haushalt verspielen wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

André Barth, MdL

3

Reduzierung der Risikovorsorge bei Extremwetterereignissen, Förderung der Klimafolgenanpassung sowie Umsetzung von CO₂-Minderungszielen / Regierung plant hier mit über 100 Millionen Euro => Umleitung in Forschung Kernenergie

4

Kürzungen bei der Öffentlichkeitsarbeit des Freistaates Sachsen: bis zu 10 Millionen Euro

5

Kürzung bei „politischer Bildung“ aufgrund ideologischer Einseitigkeit um insgesamt 6 Millionen Euro

6

Geringere Fraktionsgelder: Einsparung von jährlich 2,3 Millionen Euro (also insgesamt 4,6 Mill. Euro)

7

Streichung der Entwicklungshilfe, da Aufgabe des Bundes: jährlich über 600.000 Euro

In der Mittelfristigen Finanzplanung der Staatsregierung sind ab dem Jahr 2023 ungedeckte Ausgaben von 2,2 Milliarden Euro geplant.

Baby-Begrüßungsgeld einführen!

- 5.000 Euro bei der Geburt
- Besonderer Fokus auf Familien mit drei oder mehr Kindern (Ausweitung auf alle Geburten angestrebt)

Sächsisches Baukindergeld

- Verlängerung der auf Bundesebene zum 31. März 2021 ausgelaufenen Maßnahme auf Landesebene
- Zehn jährliche Raten über 1.200 Euro pro Kind bei Bau/Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums

Ausweitung der Hebammenförderung

- 10.000 Euro Gründungszuschuss bei Verpflichtung zur Hebammentätigkeit für fünf Jahre
- Bisher: 5.000 Euro bei Verpflichtung für drei Jahre

Landeserziehungsgeld

- Modellprojekt zur Lohnersatzleistung bis zum dritten Lebensjahr eines Kindes nach Vorbild des Bundeselterngeldes
- Das heißt: 67 Prozent des letzten Einkommens, jedoch mindestens 750 Euro und maximal 1.500 Euro
- Bisher: 150 bis 300 Euro für fünf bis zwölf Monate
- Nur 7.968 Anträge auf Landeserziehungsgeld in 2020 (vgl. Drs. 7/6002) bei 30.000 bis 40.000 Geburten pro Jahr in Sachsen

Kostenloses Vorschuljahr im Kindergarten

- Eltern von kleinen Kindern werden aufgrund steigender Elternbeiträge für die Kinderbetreuung zunehmend finanziell belastet
- das Vorschuljahr im Kindergarten bereitet Kinder auf den Schuleintritt vor
- diese Bildung soll allen Kindern ohne finanzielle Schranken ermöglicht werden und für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen

Kostenloses, gesundes Frühstück für Grund- und Förderschulen!

- Viele Kinder haben aus unterschiedlichen Gründen zu Schulbeginn nichts oder nur wenig gegessen
- Folgen: geringes Wohlbefinden, Übelkeit, Konzentrationsschwächen, ...
- Es gibt Schulen in Sachsen, wo Frühstück bereits einmal pro Woche angeboten wird

Förderung der Anlage und Pflege von Schulgärten

- Aktueller Stand: Nur 243 von 839 Grundschulen haben Schulgarten
- Flächendeckend Schulgärten einrichten, wäre mit vergleichsweise geringen Kosten möglich
- AfD rechnet mit 1.000 Euro pro Grundschule zur Neuanlage und 200 Euro für jährliche Pflege

Zwei Millionen Euro mehr für die Musikschulen!

- MDR behauptete unlängst, AfD hätte nichts für Kultur übrig. Das ist falsch!
- Als einzige Fraktion wollen wir Musikschulen deutlich besserstellen
- Musikschulen über JeKi-Unterricht (Jedem Kind ein Instrument) z.T. direkt in Grundschulunterricht integriert
- Weitere AfD-Initiativen zur Stärkung der Kultur: zusätzlich fünf Millionen Euro für nicht-staatliche Museen, jährlich zehn Millionen Euro mehr für die Denkmalpflege

Pflege in den eigenen vier Wänden: Landespflegefördergeld einführen!

- Modellprojekt zum Landespflegefördergeld in Höhe von 150 bis 300 Euro für pflegende Angehörige (in Abhängigkeit der Pflegestufe)

Ausweitung der Landesförderung für FSJ-Stellen in der Pflege

- Förderung von 2.000 FSJ-Stellen (Freiwilliges Soziales Jahr) mit dem Ziel, mehr Auszubildende für die Pflege zu begeistern
- Bisher: nur 1.350 Stellen werden gefördert, weitere 1.020 FSJ Stellen sind bislang ungefordert / Dabei brauchen wir perspektivisch Tausende zusätzliche Pfleger
- Bis 2030 benötigen wir mehr als 21.000 zusätzliche Pflegekräfte in Sachsen laut IAB

Landesblindengeld und weitere Nachteilsausgleiche erhöhen!

- Landblindengeld: von 350 auf 450 Euro pro Monat
- Sehbehinderte: von 80 auf 100 Euro; Gehörlosen von 130 auf 150 Euro; schwerbehinderte Kinder von 100 auf 130 Euro.
- Bundesweit liegt das Landesblindengeld zwischen 300 bis 651 Euro mit einem mittleren Betrag von ca. 450 Euro.

Lohnkostenzuschüsse für in der Tierpflege- und Versorgung tätige Mitarbeiter der Tierheime

- 25 % Lohnkostenzuschuss, max. 25.000 Euro je Tierheim
- Förderung festangestellter Mitarbeiter. Viele Tierheime können sich seit der Einführung des Mindestlohnes nur schwer festangestellte hauptamtliche Mitarbeiter leisten.

Stabilisierung der Krankenhausförderung

- Anpassung der regulären Fördermittel auf das Niveau der Vorjahre und damit Rücknahme der nicht nachvollziehbaren Kürzung in Corona-Zeiten
- Einzel- und Pauschalförderung 2019 und 2020: jeweils 125 Mio. Euro. 2021 und 2022 nur noch knapp 110 Mio. Euro jährlich geplant.

CDU FINDET KRANKENHAUS-SCHLIEßUNGEN „KLUG“



Mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/5732) hat die AfD-Fraktion enthüllt, dass im Freistaat Sachsen seit 1990 insgesamt 25 Krankenhäuser geschlossen wurden. Die Anzahl der Krankenhausbetten sank in diesem Zeitraum um 9.144. Mit dem Bevölkerungsrückgang lassen sich die Schließungen indes nicht erklären, denn auch die Anzahl der Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner nahm ab. Besonders betroffen davon ist der ländliche Raum.

Auf die Enthüllungen von der Sächsischen Zeitung angesprochen, verteidigte CDU-Generalsekretär Alexander Dierks die Ein-

sparungen im Gesundheitsbereich. „Das ist auch klugen Strukturentscheidungen in den 1990er-Jahren geschuldet“, so Dierks. Er übersieht dabei, dass in den 1990ern nur elf Krankenhäuser geschlossen wurden, ab dem Jahr 2000 jedoch 14 wegfielen.

Wenn dieser Tage also über knappe Kapazitäten in unseren Krankenhäusern geklagt wird, so ist die Ursache dafür leicht zu benennen. 30 Jahre lang hat die durchgängig regierende CDU den Rotstift im Gesundheitswesen angesetzt und rund ein Viertel der Krankenhäuser eingespart. Das rächt sich jetzt.

Mit dem Geld der Steuerzahler fördert die CDU-Regierung absurde Initiativen. So hat letztes Jahr der Verband binationaler Familien 174.000 Euro erhalten, um „Ethnosexismus“ zu bekämpfen. Das deckte die AfD-Anfrage (7/5574) des Abgeordneten Carsten Hütter auf.

Jetzt werden Sie sich fragen, was zum Teufel „Ethnosexismus“ sein soll. Den Begriff hat die Genderforscherin Gabriele Dietze erfunden, nachdem ein muslimischer Sex-Mob auf dem Kölner Hauptbahnhof Silvester 2016 massenhaft deutsche Frauen attackierte.

Dietze wollte mit dem Begriff aber nicht auf das Leid der einheimischen Frauen hinweisen, sondern auf die armen Täter, weil diese nach Köln schief angeschaut wurden. „Laut Polizeistatistik sind Asylbewerber bei Sexualdelikten in Sachsen stark überrepräsentiert“, erklärt Carsten Hütter.

„Das Geld gegen angeblichen ‚Ethnosexismus‘ sollte also zur Aufstockung der Polizei verwendet werden, um unsere Frauen vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Die CDU muss aufhören, mit Steuergeld dubiose Vereine zu finanzieren.“

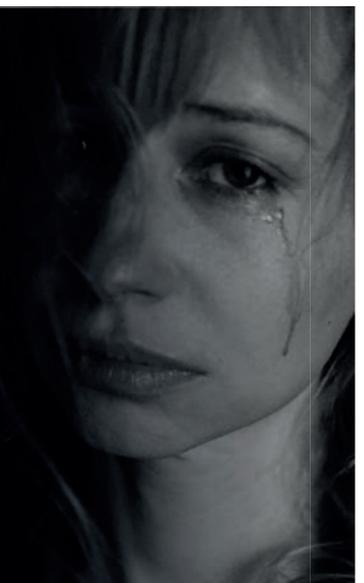
Kaum Kontrollen in der Pflege

In sächsischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fanden im letzten Jahr gerade einmal 44 Kontrollen zur Einhaltung der Arbeitszeit statt. Laut einer AfD-Anfrage (Drs. 7/5600) von MdL Frank Schaufel wurden dabei 30 Verstöße erfasst. „Der Pflegenotstand in Sachsen kann nur behoben werden, wenn der Beruf nicht nur finanziell attraktiver gemacht wird. Zusätzlich muss die Landesregierung ihre Hausaufgaben machen und deutlich öfter die Einhaltung der Arbeitszeiten kontrollieren“, fordert Schaufel.



Die Anfrage dokumentiert mehrere Verstöße gegen die Höchstarbeitszeit. Zudem wurden Zwölf-Stunden-Dienste ohne Genehmigung entdeckt und die Nichtgewährung von Ausgleichszeiten bei Sonn- und Feiertagsarbeit. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum viele unserer Pflegekräfte nach Bayern abwandern. Hier verdienen sie nicht nur bis zu 1.000 Euro mehr, sondern müssen auch keine unbezahlten Überstunden leisten.

Was zum Teufel ist
Ethnosexismus???



Sächsische Steuergelder versickern in Marokko

Was glauben Sie, wohin überall sächsisches Steuergeld versickert? Wir sagen es Ihnen: zum Beispiel nach Marokko zur „Stärkung der Resilienz (Widerstandsfähigkeit) von ländlichen Gemeinden“.

Lassen Sie sich das bitte auf der Zunge zergehen: In unseren eigenen ländlichen Regionen – also dem Erzgebirge oder der Lausitz – verfallen die Schulen, Bahnhöfe und Straßen. Das interessiert die CDU-geführte Regierung nicht. Stattdessen kümmert sie sich um eine von Landflucht betroffene Region in Afrika.

134.200 Euro war ihr das wert, wie unsere Kleine Anfrage (Drs. 7/5280) zu sächsischen Entwicklungshilfegeldern offenbarte. Gestellt hat sie unser Abgeordneter André Barth. Ihm teilte man außerdem mit, dass insgesamt für Entwicklungshilfe 548.000 Euro im Jahr 2020 ausgegeben wurden.

Wir meinen: Gegen privat organisierte Entwicklungshilfe ist nichts einzuwenden. Vereine dürfen gern Spenden sammeln gehen. Aber sächsisches Steuergeld sollte zuerst zur Behebung sächsischer Probleme eingesetzt werden. Das heißt z.B. zur Stärkung des ländlichen Raums in Sachsen.

ELEKTROMOBILITÄT:

CDU subventioniert Zerstörung von Arbeitsplätzen!

„Vorsichtig optimistisch“ zeigt sich die Staatsregierung bei den Zukunftsaussichten der sächsischen Automobilzuliefererindustrie. Denn 43 Prozent der Unternehmen erwarteten „steigende Umsätze im Bereich der E-Mobilität“, heißt es in einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/5756), die Thomas Thumm stellte.

Die Regierung unterschlägt dabei allerhand: Mahle in Freiberg, Continental in Limbach-Oberfrohna und Koki Technik Transmission Systems in Glauchau und Niederwürschnitz haben in den letzten Monaten angekündigt, Werke zu schließen bzw. in einer erheblichen Größenordnung Mitarbeiter zu entlassen. „Wie man sich angesichts dieser Nachrichtenlage optimistisch zeigen kann, ist mir ein Rätsel“, zeigt sich Thumm erzürnt.

Fakt ist: Der ökoplanwirtschaftlich vorangetriebene Ausbau der Elektromobilität vernichtet mehr Arbeitsplätze, als neue geschaffen werden können. Das trifft Sachsen hart, da wir fast 100.000 Beschäftigte in der

Autoindustrie haben, von denen viele um ihre Stelle bangen müssen. Ein Drittel der sächsischen Zulieferer drohen laut Branchenmonitoring unter die Räder zu geraten. Zudem beschwerten sich zwei Drittel über die unsinnige, neue CO₂-Bepreisung. Die immense Subventionierung der E-Mobilität ändert indes wenig an den Nachteilen dieser bereits vor über 100 Jahren schon einmal gescheiterten Technologie: Die Reichweiten der Fahrzeuge sind gering und spätestens, wenn es um die Entsorgung der Batterien geht, ist auch die ökologische Bilanz oftmals schlechter als bei Verbrennern.

Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion bereits 2017 im Sächsischen Landtag beantragt, Fristen zur Abschaffung von Diesel- und Verbrennungsmotoren auszuschließen. Thumm erklärt dazu: „Wir setzen uns für einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Antriebstechnologien ein und halten es für einen schwerwiegenden Fehler der Bundes- und Landesregierung, ausschließlich die E-Mobilität zu bevorzugen.“

Windräder im Wald?

Die sächsische CDU will nun doch Windräder im Wald aufstellen, obwohl sie das im Koalitionsvertrag noch vehement ausgeschlossen hatte. Windparks sollen auch näher an Wohnhäuser heranrücken, enthüllte die „Freie Presse“ Mitte Mai.

„Die CDU opfert damit lieber ihren letzten Rest an Glaubwürdigkeit, um auf Biegen und Brechen ihre gescheiterte Energie-wende umzusetzen“, kommentiert dazu Jan Zwerg, energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

„Dafür ist die CDU auch bereit, den Naturschutz in Sachsen mit Füßen zu treten und Gesundheitsschäden bei den Anwohnern in Kauf zu nehmen.“



AFD-ANTRAG: UNABHÄNGIGE JUSTIZ SICHERN!

Ein wichtiger Baustein der Demokratie ist eine unabhängige Justiz. In Sachsen sehen wir seit längerem, wie die umstrittene Justizministerin Katja Meier (Grüne) versucht, auf die Justiz politisch Einfluss zu nehmen. Deshalb hat die AfD-Fraktion einen Antrag gestellt, das einzelfallbezogene Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber Staatsanwälten abzuschaffen (7/6027).

Meier will z.B. die Staatsanwälte dazu anhalten, sogenannte Bagatelldelikte, wie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl unter 25 Euro, nicht mehr zur Anzeige zu bringen. Damit könnten Kriminelle im großen Stil stehlen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Des Weiteren hat Meier ange-

ordnet, die Vollstreckung von Gefängnisstrafen auszusetzen. Unter dem Vorwand coronabedingter organisatorischer Gründe hat sie offensichtlich politisches Strafrecht in Sachsen eingeführt. Während verurteilte Schläger oder Messerstecher weiter die Freiheit genießen können, werden Verurteilte von „rechten“ Propagandadelikten indes nicht verschont.

„Grüner Einfluss auf die Justiz vergrößert die Rechtsunsicherheit und hat eine Verwahrlosung des öffentlichen Raumes zu Folge“, kritisiert der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban. „Das wollen wir in Sachsen für die Zukunft verhindern.“



Keine Konsequenzen nach Geheimnisverrat

Obwohl es ihm verboten ist, hat der sächsische Verfassungsschutz vor einiger Zeit sehr wahrscheinlich die Einstufung der AfD als angeblich extremistischer Verdachtsfall an die Medien durchgestochen. „Die sächsische AfD stellte daraufhin Strafanzeige wegen des Verdachts des Geheimnisverrats“, erklärt MdL Roland Ulbrich.

„Ebenso hätte aus unserer Sicht die Staatsregierung agieren müssen.

Das hat sie jedoch anscheinend nicht getan, wie eine Kleine Anfrage (Drs. 7/5411) nahelegt. Wie nun meine Nachfrage (Drs. 7/5878) zeigt, gab es auch noch nicht einmal klare Regelungen, um die Geheimhaltung beim Inlandsgeheimdienst sicherzustellen.“

Fazit:
Der „Verfassungsschutz“ ist in Wahrheit ein Regierungsschutz!

Impressum

Herausgeber: AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 493-4222 0
E-Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Gestaltung und Satz: Stephan Rose

Druck: Druckhaus Scholz GmbH
Auflagenhöhe: 100.000 Stk.
Ausgabe: Nr. 31 / Juni 2021

Fotonachweise:

*Fraktion: S. 1 (oben), S. 1 (m/oben), S. 1 (m/unten), S. 1 (r/unten), S. 2 (unten), S. 3 (unten), S. 4, S. 5, S. 10, S. 12
Privat: S. 1 (l/oben) - pxhere, S. 1 (r/oben) - pixabay, S. 1 (l/unten) - pixabay, S. 2 (oben) - pxhere, S. 3 (oben) - pxhere, S. 6-7 - pxhere, S. 8 (oben) - pixabay, S. 8 (rechts) - pixabay, S. 8 (unten) - pixabay, S. 9 - pixabay, S. 11 - pixabay*

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9Tb1f

Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar.

NEUE KRIMINALSTATISTIK

MEHR LINKER TERROR, MEHR SEXUALDELIKTE, MEHR DROGEN!

Aufgrund der zahlreichen Corona-Einschränkungen hatten wohl alle als einzigen positiven Nebeneffekt einen deutlichen Rückgang der Kriminalität erwartet. Wie einbrechen, wenn alle zu Hause sind? Wie Diebesgut über die Grenze bringen, wenn es wieder Kontrollen gibt?

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2020 (PKS) sind die Straftaten in Sachsen jedoch trotz dieser Besonderheiten nur minimal zurückgegangen. „Die neue Kriminalstatistik ist kein Ruhmesblatt für CDU-Innenminister Roland Wöllner“, resümiert Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Denn neben leichten Rückgängen bei Wohnungseinbrüchen und der Grenzkriminalität überwiegen die Warnsignale.

Elf Prozent mehr Sexualstraftaten trotz Corona-Ausgangsverbots, fast neun Prozent mehr Drogendelikte, ein deutlicher Anstieg der Sachbeschädigungen und der häuslichen Gewalt sowie eine erschrecken-

de Entwicklung beim linksextremen Terror zeigen, dass die Regierung die Prioritäten bei der Kriminalitätsbekämpfung falsch setzt.

Dass sich die Zahl der linken Gewalttaten von 119 auf 231 fast verdoppeln konnte, liegt z.B. eindeutig am Versagen der Regierung um Ministerpräsident Michael Kretschmer. Sie betont gebetsmühlenartig, der Rechtsextremismus sei das größte Problem in Sachsen. Die Fakten sehen jedoch anders aus: Es gibt mehr als dreimal so viele linke wie rechte Gewalttaten. Ebenfalls sind die neuen Zahlen zur Ausländerkriminalität ernüchternd. Warum wurden im Jahr 2020 nur 52 ausländische Intensivtäter (MITA) abgeschoben, obwohl aus der Gruppe der über 1.000 ausländischen Intensivtäter heraus fast 7.000 Straftaten verübt wurden? „Die Regierung relativiert dieses Problem seit Jahren, während die AfD immer wieder und immer weiter konsequente Abschiebungen einfordert“, betont Wippel.



Leeres Abschiebegefängnis trotz 14.000 Ausreisepflichtigen

Im letzten Jahr wurden in Sachsen nur 97 abgelehnte Asylbewerber aus Tunesien, Marokko und Algerien abgeschoben, ergab eine AfD-Anfrage von MdL Sebastian Wippel. 148 Abschiebeversuche scheiterten, weil die Wirtschaftsmigranten größtenteils untertauchten. Gleichzeitig stand das extra gebaute Abschiebegefängnis mit einer Belegung von nur neun Prozent fast durchgehend leer, obwohl es über 14.000 ausreisepflichtige Ausländer in Sachsen gibt.

Über 40.000 Strafanzeigen verschwiegen

Insgesamt 40.492 Strafanzeigen, die im Jahr 2020 von der Polizei bearbeitet werden mussten, finden sich nicht in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des Freistaates Sachsen. Das enthüllte eine Anfrage (Drs. 7/5837) des innenpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Sebastian Wippel. Unter den verschwiegenen Fällen befinden sich etliche schwere Straftaten gegen das Leben sowie unter anderem 1.308 Sexualdelikte. Wippel erklärt dazu: „Das ist inakzeptabel und verfälscht die statistische Arbeitsbelastung der Polizei, weil die Statistik wiederum herangezogen wird, um den Personalbedarf der Polizei zu bestimmen. Wenn hier nun aber über 40.000 Fälle durchs Raster fallen, fehlen uns zwangsläufig Polizisten.“

**NÜSCHT VERPASSEN
AUS SACHSEN**

FRAKTION SACHSEN
AfD = **T.ME/AFDSACHSEN**